

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/16/2024

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/14/2024

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses
teilweise gemeinsam mit dem Umweltausschuss (TOP 1 bis 9)
am 04.12.2024,**

Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der gemeinsamen Sitzung:	19:00 Uhr
Ende der gemeinsamen Sitzung :	20:20 Uhr
Beginn der BPA-Sitzung:	20:20 Uhr
Ende der Sitzung:	20:45 Uhr

Anwesend

Bau- und Planungsausschuss

Vorsitz

Herr Markus Kubczigk

Stadtverordnete/r

Herr Burkhard Bertram
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Dr. Detlef Steuer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Danny Liew
Herr Rainer Möller

i. V. f. Herrn Hack

Umweltausschuss

Vorsitz

Dr. Wulf Köpke

Stadtverordnete/r

Frau Elke Dullweber
Herr Marten Koop
Herr Uwe Gaumann

Bürgerliche Mitglieder

Herr Rolf Griesenberg
Frau Magdalena Hansen
Herr Julian Wagner

i. V. f. Frau Koenig

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Béla Randschau
Frau Gabriele Ehrich
Herr Bernd Grassi
Frau Emma Bley
Frau Alicia Gärtner
Frau Jule Niehus

Seniorenbeirat
Seniorenbeirat (Umweltausschuss)
Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Frau Andrea Becker
Frau Stefanie Soltek
Frau Angela Haase

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bau- und Planungsausschuss

Bürgerliche Mitglieder

Herr Christian Hack

Umweltausschuss

Bürgerliche Mitglieder

Frau Cordelia Koenig

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der gemeinsamen Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2024 des UA bzw. Niederschrift Nr. 14/2024 des BPA vom 13.11.2024
6. Antrag der WAB Fraktion "Prüfauftrag künftiger Standort Hockeyplatz" **AN/051/2024**
7. Flächennutzungsplan der Stadt Ahrensburg, 3. Entwurf **2024/050**
 - Entwurfsbeschluss
 - Beschluss zur Teiloffenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
- 7.1. Antrag der Fraktionen SPD und FDP zur Vorlage 2024/050 FNP Gewerbegebiet **AN/048/2024**
- 7.2. Antrag der Fraktionen SPD und FDP zur Vorlage 2024/050 FNP Sportflächen **AN/049/2024**
- 7.3. Antrag der Fraktion SPD zur Vorlage 2024/050 Wohnbaupotentialflächen **AN/050/2024**
8. Antrag der CDU-Fraktion Gewerbegebiet für Ahrensburg **AN/053/2024**
9. Verpflichtung eines Bürgerlichen Mitgliedes des Umweltausschusses
10. Festsetzung der BPA-Tagesordnung
11. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 15/2024 vom 20.11.2024
12. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
- 12.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - k e i n e -
- 12.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
- 12.2.1. Wertstoffcontainerstandort Hagener Alle 128/Burgweg

- | | | |
|-------|---|-------------------|
| 13. | Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2025 | 2024/069/1 |
| 14. | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 | 2024/105 |
| 15. | Anfragen, Anregungen, Hinweise | |
| 15.1. | Eingeworfene Scheiben beim Speicher am Marstall | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Der Vorsitzende des Bau-und Planungsausschusses begrüßt die Mitglieder des Umweltausschusses sowie des BPA und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Die Beschlussfähigkeit sowohl des Umweltausschusses wie des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Herr Peter **Körner**, 1. Vorsitzender der „Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e. V.“, verweist auf sein Schreiben von heutigen Tage, siehe **Anlage 1**.

Darin geht es um

1. den Antrag der SPD zu Wohnbaupotentialflächen, siehe TOP 7.3 der Tagesordnung (AN/050/2024)
2. eine Nachfrage zum Bau eines Minikreisels in Ahrensfelde (Haushaltsberatung, siehe TOP 13 der Tagesordnung) sowie
3. eine Nachfrage zum Neubau der Feuerwache Ahrensfelde

Zu 1. bittet der Vorsitzende, die heutige Beratung abzuwarten. Sollte der Antrag beschlossen werden ist den Gremien bewusst, dass die Infrastruktur „nachwachsen“ müsse. Durch eine positive Beschlussfassung ergebe sich jedoch zunächst nur eine planerische Perspektive.

Zu 2. führt die Verwaltung aus, dass für den Umbau des Knotenpunktes Dorfstraße/Teichstraße in Ahrensfelde in der 2024 beschlossenen Investitionsplanung für 2025 50.000 € Planungskosten, für das Haushaltsjahr 2026 Baukosten in Höhe von 450.000 € enthalten sind. Wie den Ausschussmitgliedern bekannt ist, bemängelt das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein seit mehreren Jahren die geringe finanzielle Umsetzungsquote der Investitionen und die Höhe der Ermächtigungen aus Vorjahren. Diese gegenüber den Ansätzen geringe Umsetzungsquote ist seit mehreren Jahren auch begründet in der personellen Unterbesetzung des Fachdienstes Straßenwesen, welcher wegen seiner geringen Kapazitäten die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Investitionsmaßnahmen nicht umsetzen kann. Die personelle Situation hat sich bisher noch nicht grundlegend verändert. Dennoch hat der Fachdienst Straßenwesen die oben genannten Ansätze von 50.000 €/450.000 € für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 angemeldet. Der Finanzbereich hat lediglich die Planungskosten in Höhe von 50.000 € für das Haushaltsjahr 2026 übernommen, dies vor folgendem Hintergrund: Derzeit ist für den Umbau des Knotenpunktes Dorfstraße/Teichstraße keine Veranschlagungsreife gegeben. Die Baukosten können erst nach der Planung genau beziffert werden. Sobald sie bekannt sind ist es möglich, in der Finanz- und Investitionsplanung diese Kosten „nachzuschieben“.

Herr **Haering** nimmt Bezug auf den Flächennutzungsplan und bemängelt, dass darin die Maßnahme „Nordtangente“ nicht enthalten ist, obwohl eine Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor geplant ist. Da es sich beim Gewerbegebiet Nord um das größte zusammenhängende Gewerbegebiet in Schleswig-Holstein handelt, würde der Bau einer Nordtangente und eine Anbindung an den Bahnhof Gartenholz eine „enorme“ Verkehrsentslastung bedeuten. Besonders morgens sind - von der A1 Richtung Delingsdorf - ständig Staus zu beobachten. Sollten die Anträge zur weiteren Bebauung des Gebietes Erlenhof (Nord) beschlossen werden, werde sich diese Situation weiter zuspitzen. Dass für 2030 prognostizierte Wachstum an Einwohnern habe die Stadt bereits 2020 erreicht, die Einwohnerzahl ist seitdem weitergewachsen. Die Politik müsse die Weichen dafür stellen, zukunftsfähige Infrastruktur zu planen. Dem werde der Flächennutzungsplan nicht gerecht. Angeregt wird eine Verkehrszählung. Dem Protokoll liegt eine Darstellung Herrn Haerings über Synergie-Effekte durch den Bau der Nordtangente bei (siehe handschriftliche **Anlage 2**).

Die Verwaltung erklärt, dass die Zahlen zur Verkehrserhebung noch aus dem Masterplan Verkehr kämen. Grundsätzlich wäre nach 15 Jahren Planung für den Flächennutzungsplan eine weitere Gesamtzählung des Verkehrs sinnvoll. Betont wird aber, dass es anlassbezogen Einzelzählungen gegeben habe. Nach Beschluss des Flächennutzungsplans ist eine umfassende Verkehrszählung vorgesehen. Ein Ausschussmitglied des Umweltausschusses ergänzt, dass 2026/2027 Zählungen aufgrund der Lärmaktionsplanung erforderlich werden.

Herr **Siemers** bezieht sich ebenfalls auf den Flächennutzungsplan und erklärt, dass es einen Erörterungstermin geben sollte. Die Unterlagen sind zu umfangreich, er habe angefangen diese durchzuarbeiten. Dabei sei ihm u. a. aufgefallen, dass die Verweise nicht immer „passen“, dies sei wohl dem langen Planungsprozess geschuldet. Er fragt ferner nach, ob tatsächlich eine 3. Offenlage/Auslegung erforderlich ist. Aus seiner Sicht sei diese entbehrlich. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob der Verein Jordsand und der Naturschutzbeauftragte Herr de Vries bezüglich ihrer Belange beteiligt wurden.

Die Verwaltung führt aus, dass alle Träger öffentlicher Belange (TöB) im Rahmen des Beteiligungsverfahrens beteiligt wurden, hierzu zählten aber weder der Verein Jordsand noch der Naturschutzbeauftragte.

Von einem Ausschussmitglied wird nachgefragt, ob ein mündlicher Abwägungstermin für die Bürger möglich ist. Hierzu erklärt die Verwaltung, dass Einwendungen nicht mündlich, sondern nur schriftlich erfolgen können. Eventuell sei die sog. „Frühzeitige Beteiligung“ gemeint. Darum gehe es gegenwärtig aber nicht. Das Ausschussmitglied bemängelt die Beteiligung der Bürger in nur noch schriftlicher Form. Über den Flächennutzungsplan werde seit Jahren beraten, an die Anfänge könnten sich viele nicht mehr erinnern.

Herr Rainer **Nürnberg** bedankt sich im Namen des THCA, dessen Vorsitzender er ist,

- bei der WAB für deren Prüfauftrag zu möglichen Standorten für den Neubau eines Hockeyplatzes als Ersatz für den abhängigen und
- für die umfangreichen Antworten der Verwaltung. Diese Arbeit sei sehr zielführend gewesen.

Er erklärt ferner, dass der THCA gern an der Entscheidung für einen neuen Standort mitarbeite.

Weitere Einwohnerfragen werden nicht gestellt. Die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

4. Festsetzung der gemeinsamen Tagesordnung

Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 20.11.2024 vorgeschlagene Tagesordnung. Ein Ausschussmitglied erklärt, dass die Tagesordnungspunkte 6 und 7 in die Beratung zu TOP 8/Flächennutzungsplan integriert werden sollten.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass es sich bei TOP 6 - Antrag der WAB-

Fraktion „Prüfauftrag künftiger Standort Hockeyplatz“, AN/051/2024 - nur um einen Prüfauftrag handelt.

Erklärt wird ferner, dass der CDU-Antrag (TOP 7, AN/053/2024) unabhängig vom Flächennutzungsplan zu beraten sei, daher müssten TOP 7 und TOP 8 getauscht werden.

Beantragt wird deshalb, zunächst zu TOP 6 zu beraten, wie in der Einladung vorgesehen. Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden getauscht.

Hierüber wird abgestimmt.

Umweltausschuss:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Bau- und Planungsausschuss:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Umweltausschuss und der Bau- und Planungsausschuss haben somit mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder der Tagesordnung zugestimmt.

Hinweis: Im Laufe der Sitzung wird unter dem ergänzenden TOP 9 die Verpflichtung eines stellvertretenden Bürgerlichen Mitgliedes des Umweltausschusses vorgenommen.

Die weiteren Tagesordnungspunkte des BPA verschieben sich entsprechend.

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2024 des UA bzw. Niederschrift Nr. 14/2024 des BPA vom 13.11.2024

Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Herr Randschau macht darauf aufmerksam, dass er an der gemeinsamen Sitzung vom 13.11.2024 ebenfalls teilgenommen habe. Er bittet, dies zu ergänzen.

Weitere Einwendungen erfolgen nicht, mit dieser Änderung gilt das Protokoll der gemeinsamen Sitzung als genehmigt.

6. Antrag der WAB Fraktion "Prüfauftrag künftiger Standort Hockeyplatz"

Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Die Verwaltung hat zehn Altflächen betrachtet nach den Kriterien

- Übereinstimmung Größe der verfügbaren Fläche mit Flächenbedarf
- Nähe zum Vereinszentrum des THCA (Fannyhöh)
- Zeitliche Realisierbarkeit
- Eigentumsverhältnisse und
- Entwicklungspotenzial.

Die Antwort/Betrachtung liegt diesem Protokoll als **Anlage** bei.

Die Ausschüsse bedanken sich für die umfangreichen Recherchen und nehmen zur Kenntnis, dass im Ergebnis primär Standort 5 - Beimoor Süd - zur Entwicklung von Sportflächen geeignet ist.

7. **Flächennutzungsplan der Stadt Ahrensburg, 3. Entwurf**
- Entwurfsbeschluss
- Beschluss zur Teiloffenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
- AN/048/2024**
- 7.1. **Antrag der Fraktionen SPD und FDP zur Vorlage 2024/050 FNP Gewerbegebiet**
- AN/049/2024**
- 7.2. **Antrag der Fraktionen SPD und FDP zur Vorlage 2024/050 FNP Sportflächen**
- AN/050/2024**
- 7.3. **Antrag der Fraktion SPD zur Vorlage 2024/050 Wohnbaupotentialflächen**

Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Die Tagesordnungspunkte 7, 7.1, 7.2 und 7.3 werden gemeinsam beraten. Eine erste Beratung dieser Vorlage ist am 13.11.2024 im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des Umweltausschusses mit dem Bau- und Planungsausschuss erfolgt. Eine Beschlussfassung erfolgte nicht.

Die Fraktionen der SPD und FDP haben mit Antrag [AN/048/2024](#) beantragt, die bisherige „Weißfläche“ im Nordosten der Stadt östlich des bestehenden Gewerbegebietes und nördlich des Beimoorweges als potentielle Erweiterung des Gewerbegebietes auszuweisen (und nicht als landwirtschaftliche Fläche).

Es wird vorgetragen, dass für diese Änderung beim Land ein Antrag auf Zielabweichung eingereicht werden könne. Dieser könne begleitend zum Flächennutzungsplan eingereicht werden, die Änderung werde dann in dessen Genehmigungsprozesses integriert. Auch die WAS begrüße diese Änderung. Im Grundsatz unterstützen auch die Vertreter der CDU-Fraktion diesen Antrag.

Die Verwaltung erklärt, dass ein Zielabweichungsverfahren in Ahrensburg bisher noch nicht stattfand. Die Möglichkeit wurde in der vergangenen Woche mit dem Land erörtert, bisher gebe es noch keine schriftlichen Aussagen. Die Präsentation der Verwaltung mit Aussagen zur Zeitplanung, den Kosten und den Voraussetzungen liegt als **Anlage** bei.

Die Darstellung der „Weißfläche“ als Gewerbefläche widerspricht dem Regionalplan und wird nach Aussage vom Land nicht genehmigt. Auf Seite 6 der Präsentation wird das mögliche Vorgehen ausgeführt und auch darauf hingewiesen, dass neben der Aktualisierung der FNP-Unterlagen weitere Gutachten erforderlich sind, ferner sind die für das Zielabweichungsverfahren erforderlichen Unterlagen zu erarbeiten. Für diese Grundlagenermittlungen sind externe Büros zu beauftragen, zeitlich parallel zum Antrag auf Zielerreichung sei eine 3. Teiloffenlage erforderlich. Zeitliche Verzögerungen bergen zusätzlich die Gefahr, dass die bereits vorhandenen bis zu 15 Jahre alten Gutachten nicht mehr anerkannt werden. Ein Ausschussmitglied fragt nach, ob es einen Stichtag gäbe, wann Gutachten als veraltet angesehen werden. Ein Stichtag wurde und wird von der Genehmigungsbehörde nicht genannt und ist auch nicht festgelegt.

Ziel der Verwaltung wäre eine Gesamtoffenlage des FNP in seiner aktuellen Fassung. Daran könnte sich die mit AN/048/2024 beantragte Änderung anschließen.

Sollten die beiden Ausschüsse heute das Verfahren mit Anträgen zur Zielabweichung beschließen, würde die Verwaltung diesen Beschluss selbstverständlich umsetzen.

Ein Vertreter der SPD erklärt, dass das Land in der vergangenen Woche für die „Weißfläche“ das Zielabweichungsverfahren empfohlen habe. Ferner wird zu bedenken gegeben, dass ein FNP Entwicklungspotenziale aufzeigen solle - dieses sei bei der derzeitigen Fassung nicht erkennbar. Gewerbesteuern sind die bedeutendsten Einnahmen der Stadt, die vorhandenen Gewerbeflächen aber bereits vollständig nachgefragt. Deshalb sei eine Perspektive für eine Erweiterung von Gewerbeflächen erforderlich.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion erklärt, dass die CDU grundsätzlich den Antrag mittrage. Allerdings sei Priorität, eine Verzögerung des FNP zu vermeiden. Da dieses beim (neuen) Verfahren mit einem gleichzeitigen Antrag zur Zielabweichung nicht ausgeschlossen werden könne, werde die CDU den Antrag „leider“ ablehnen. Hierzu wird von einem anderen Ausschussmitglied eingewendet, dass die CDU, wenn sie ohnehin für die Ausweisung der „Weißfläche“ als Gewerbefläche sei und den Antrag grundsätzlich mittrage, heute AN/048/2024 zustimmen sollte.

Mit Antrag AN/049/2024 haben SPD und FDP beantragt, eine ausreichende Fläche als Sportfläche Beimoor-Süd auszuweisen, um den Sportvereinen Flächenpotenziale zur weiteren Entwicklung und ggf. als Ersatz abgängiger Anlagen zu ermöglichen. Auf die Problematik des THCA für eine Perspektive für eine Fläche zum Neubau eines Hockeyplatzes (siehe auch TOP 6) wird verwiesen. Auch hier wird kritisiert, dass der FNP in seiner gegenwärtigen Form kein Entwicklungspotenzial aufzeige.

Die Verwaltung erklärt - siehe anliegende Präsentation -, dass bei Zustimmung zum Antrag neben dem Beschluss über eine 3. Teiloffenlage ebenfalls weitere Gutachten erforderlich werden, ferner die lärmtechnische Stellungnahme sowie die naturschutzfachliche Prüfung fertig zu stellen sind. Dann habe eine Offenlage, Beteiligung und Abwägung zu erfolgen, ein abschließender Beschluss könnte im 3. Quartal 2025 gefasst werden.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion erklärt, AN/049/2024 entspreche nicht der Beschlusslage. Seine Fraktion werde ablehnen. Gleiches gelte auch für den Antrag AN/050/2024 der SPD über die Ausweisung von Wohnbaupotenzialflächen. Dieser Antrag entspreche ebenfalls nicht der Beschlusslage und werde abgelehnt.

Die Verwaltung führt aus, dass - siehe Seite 8 der Präsentation - rund 30.000 € Planungsmittel für das Haushaltsjahr 2025 zusätzlich benötigt werden, sollten die 3 Anträge beschlossen werden.

Der Antragsteller der SPD fragt nach, ob nach Auffassung der Verwaltung das Zielabweichungsverfahren eine zeitliche Verschiebung nach sich ziehe. Dies wird von der Verwaltung mit Verweis auf Seite 6 der Präsentation bestätigt. Eine zeitliche Verschiebung wird für wahrscheinlich gehalten, verbunden mit dem zusätzlichen Risiko, dass die bisherigen Gutachten im Genehmigungsverfahren als veraltet eingeordnet werden.

Ein Vertreter der CDU-Fraktion erklärt, dass laut Präsentation in 14 Monaten der FNP durch eine 1. Änderung den gleichen Stand haben könnte, wie bei Anwendung des neuen Verfahrens mit einem gleichzeitigen Antrag auf Zielabweichung. Dies wird als zeitlich vertretbar eingeordnet.

Ein Vertreter der FDP-Fraktion erklärt, dass die Möglichkeit für einen Antrag mit Zielabweichungsverfahren schon in der letzten gemeinsamen Sitzung klar war. Damit widerspricht er der Äußerung der Verwaltung, dass dieses Verfahren erst in der vergangenen Woche mit dem Land erörtert werden konnte.

Die Verwaltung verwahrt sich gegen den Vorwurf einer „Verschleppung“. Zum FNP werde seit 15 Jahren beraten, in dieser Zeit habe die Verwaltung permanent Entwicklungspotenziale aufgezeigt. Das Zielabweichungsverfahren ist einem politischen Wandel auf Landesebene geschuldet, dies erst seit kurzem.

Der Vorsitzende des Umweltausschusses erklärt, dass er sich intensiv mit den FNP-Unterlagen befasst habe, dies sei eine „spannende Lektüre“. Der Verwaltung sei nicht vorzuwerfen, wenn sie vor Verzögerungen warne. Empfohlen wird, ggf. mit dem zuständigen Staatssekretär zur Klärung direkt in Kontakt zu treten. Die Gewerbefläche und die Sportfläche sollten seines Erachtens in den FNP aufgenommen werden.

Anschließend wird über die Anträge einzeln abgestimmt.

TOP 7.1: Abstimmung zu Antrag AN/048/2024:

Umweltausschuss:

Abstimmungsergebnis: **3 dafür** (SPD/FDP/WAB)
 4 dagegen (CDU/Grüne)

Bau- und Planungsausschuss:

Abstimmungsergebnis: 3 dafür (SPD/FDP/WAB)
4 dagegen (CDU/Grüne)

TOP 7.2: Abstimmung zu Antrag AN/049/2024:

Umweltausschuss:

Abstimmungsergebnis: 3 dafür (SPD/FDP/WAB)
4 dagegen (CDU/Grüne)

Bau- und Planungsausschuss:

Abstimmungsergebnis: 3 dafür (SPD/FDP/WAB)
4 dagegen (CDU/Grüne)

TOP 7.3: Zu AN/050/2024 wird vom Antragsteller der SPD Einzelabstimmung über die Wohnbaupotenzialflächen beantragt.

Abstimmungsergebnis zu 1./Aufnahme der Wohnbaupotenzialfläche „Spechtweg/Brauner Hirsch“ mit 170 WE in den FNP:

Umweltausschuss:

Abstimmungsergebnis: 1 dafür (SPD)
6 dagegen

Bau- und Planungsausschuss:

Abstimmungsergebnis: 1 dafür (SPD)
6 dagegen

Abstimmungsergebnis zu 2./Aufnahme der Wohnbaupotenzialfläche „östlich des Ginsterwegs“ mit 100 WE in den FNP:

Umweltausschuss:

Abstimmungsergebnis: 1 dafür (SPD)
6 dagegen

Bau- und Planungsausschuss:

Abstimmungsergebnis: 1 dafür (SPD)
6 dagegen

**Abstimmungsergebnis zu 3./Aufnahme der Wohnbaupotenzialfläche
„östlich des Vogelsangs“ mit 20 WE in den FNP:**

Umweltausschuss:

**Abstimmungsergebnis: 1 dafür (SPD)
 6 dagegen**

Bau- und Planungsausschuss:

**Abstimmungsergebnis: 1 dafür (SPD)
 6 dagegen**

**Abstimmungsergebnis zu 4./Aufnahme der Wohnbaupotenzialfläche
„Obstwiese Erlenhof“ mit 30 WE in den FNP:**

Umweltausschuss:

**Abstimmungsergebnis: 2 dafür (SPD/FDP)
 5 dagegen**

Bau- und Planungsausschuss:

**Abstimmungsergebnis: 2 dafür (SPD/FDP)
 5 dagegen**

**Abstimmungsergebnis zu 5./Aufnahme der Wohnbaupotenzialfläche
„östlich des Starweges“ mit 130 WE in den FNP:**

Umweltausschuss:

**Abstimmungsergebnis: 1 dafür (SPD)
 6 dagegen**

Bau- und Planungsausschuss:

**Abstimmungsergebnis: 1 dafür (SPD)
 6 dagegen**

Abstimmungsergebnis zu 6./Aufnahme der Wohnbaupotenzialfläche „Erlenhof Nord“ mit 400 WE in den FNP:

Umweltausschuss:

**Abstimmungsergebnis: 2 dafür (SPD/FDP)
5 dagegen**

Bau- und Planungsausschuss:

**Abstimmungsergebnis: 2 dafür (SPD/FDP)
5 dagegen**

Abschließend erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Vorlage. Dieser wird vom Vorsitzenden des BPA verlesen:

1. Die während der zweiten öffentlichen Auslegung des Entwurfs des F-Planes abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange haben der Bau- und Planungsausschuss und der Umweltausschuss geprüft. Die Stellungnahmen werden wie in Anlage 1 dargestellt abgewogen.
2. Der 3. Entwurf des Flächennutzungsplans sowie die Begründung werden in der vorliegenden Fassung (Anlage 2 und 3, einschließlich Anlage 4) gebilligt.
3. Der 3. Entwurf des Flächennutzungsplans und die Begründung sind nach § 4 a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB über die Auslegung erneut zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2, S. 1 BauGB auszulegenden Unterlagen in das Internet einzustellen und über den digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren keine Stadtverordneten/Bürgerlichen Mitglieder von der Beratung und Abstimmung gemäß Protokollauszug ausgeschlossen.

Umweltausschuss:

**Abstimmungsergebnis: 5 dafür
2 dagegen (SPD/FDP)**

Bau- und Planungsausschuss:

**Abstimmungsergebnis: 5 dafür
2 dagegen (SPD/FDP)**

9. Verpflichtung eines Bürgerlichen Mitgliedes des Umweltausschusses

Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss

Der Vorsitzende des Umweltausschusses verpflichtet Frau Magdalena Hansen, stellvertretendes Mitglied des Umweltausschusses, durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Damit wird die gemeinsame Sitzung des Bau- und Planungsausschuss mit dem Umweltausschuss geschlossen.

gez. Markus Kubczig
Vorsitzender BPA

gez. Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Vorsitzender UA

gez. Angela Haase
Protokollführerin

10. Festsetzung der BPA-Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 20.11.2024 vorgeschlagene Tagesordnung des BPA. Ein Ausschussmitglied beantragt, neu TOP 14: "Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025" zu streichen. Die Fraktionen haben die Unterlagen in Druckform noch nicht erhalten, daher war eine Vorbereitung nicht möglich.

Die Verwaltung erklärt, dass sie vier Änderungen zu verschiedenen Planansätzen vortragen wollen (siehe Anlage zu TOP 14). Der Vorsitzende plädiert dafür, bereits aufgetretene Fragen zur Haushaltssatzung an die Verwaltung zu stellen. Dieses könne als Einstieg in die Beratung dienen, eine Beschlussfassung werde nicht angestrebt.

Hierüber wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Damit verbleibt TOP 14 auf der Tagesordnung.

Ferner lässt der Vorsitzende darüber abstimmen, über die Tagesordnungspunkte neu ab TOP 16 in nicht öffentlicher Sitzung beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

Hierüber wird ebenfalls abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Bau- und Planungsausschuss hat somit mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder der Tagesordnung zugestimmt.

11. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 15/2024 vom 20.11.2024

Einwände werden nicht erhoben. Damit gilt das Protokoll als genehmigt.

12. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

12.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

12.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

12.2.1. Wertstoffcontainerstandort Hagener Alle 128/Burgweg

In der gemeinsamen Sitzung des Umweltausschusses mit dem Bau- und Planungsausschuss am 13.11.2024 wurde durch Herrn Siemers Folgendes protokolliert:

*„Herr **Siemers** merkt an, dass im Bereich der Hagener Allee Höhe der Haus Nr. 130 eine Wertstoffcontainer Anlage steht, welche teilweise auf dem Fußweg steht. Ein Begegnungsverkehr mit dem dort ebenfalls verlaufenden Radweg ist nicht gegeben.*

Die Verwaltung steht zu diesem Thema bereits mit der AWSH in Kontakt und klärt eine umsetzbare Änderung.“

Die Klärung ist zwischenzeitlich erfolgt. Der Containerstandort in der Hagener Allee 128/Burgweg wurde im Oktober besichtigt, daraufhin mit der AWSH die Situation vor Ort besprochen.

Aufgrund der geringen Stellfläche in diesem Bereich wurde vereinbart, dass sowohl die Papiercontainer als auch ein Glascontainer abgezogen werden. Somit ist sichergestellt, dass der Gehweg in der vollen Breite genutzt werden kann.

Die Erfahrungen der AWSH haben gezeigt, dass bei einem vollen Papiercontainer weitere Pappe illegal abgestellt wird. Um die Vermüllung zu vermeiden, werden beide Container entfernt.

Die Umsetzung wird noch im Dezember 2024 seitens der AWSH erfolgen.

13. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2025

Die Verwaltung erklärt, dass im Gegensatz zur ersten Vorlage Nr. 2024/069 nun die Hinweise des Fachbereiches IV/Bauen in der Vorlage enthalten sind.

Nachgefragt wird, ob weitere Anträge aus der Politik möglich sind. Die Verwaltung erläutert, dass die Vorschläge über Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen vom Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein (MIKWS) erarbeitet wurden und entsprechend abschließend sind.

Der BPA nimmt die Vorschläge über die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zur Kenntnis.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung korrigiert ihre Auffassung, dass die Vorschläge vom MIKWS abschließend sind. Die Vorlage ist anderslautend formuliert. Danach handelt es sich nur um eine Vorschlagsliste, die von Verwaltung und Politik erweitert werden kann.

Auszug aus der Vorlage: „Weiterhin enthält die Liste keine abschließende Auflistung von Maßnahmen. Die aufgeführten Maßnahmen sollen eine Unterstützung und ein Angebot für Kommunen sein, die ihren Haushalt konsolidieren möchten oder müssen. Lediglich im Rahmen der Fehlbetragszuweisung wird diese Liste herangezogen, um nachvollziehbar vermeidbare Fehlbeträge feststellen zu können. Die Kommunen sind im Rahmen der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung der kommunalen Selbstverwaltung frei in ihren Entscheidungen.“

14. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025

Der BPA hat eingangs entschieden - siehe TOP 10/Festsetzung der BPA-Tagesordnung -, über die Haushaltssatzung 2025 nicht zu beraten, da Druckexemplare noch nicht vorliegen.

Den Fraktionen der FDP und Bündnis 90/Die GRÜNEN wird vorab durch die Bauverwaltung je ein Druckexemplar des FD IV.1 zum Haushalt 2025 ff übergeben.

Die Verwaltung erläutert die vier Änderungsvorschläge, bezogen auf das Budget des Bau- und Planungsausschusses (Änderungsliste des FD IV.1, siehe **Anlage**).

Ergebnishaushalt:

PSK 11150.5431000: Aufgrund der in diesem PSK auch veranschlagten Kosten für die Nachbesetzung des Fachbereichsleiters IV sind die Kosten für allgemeine Geschäftsaufwendungen von 10.000 € auf 20.000 € zu erhöhen.

PSK 54500.4321000: Der Haushaltsansatz 2025 ff ist vor dem Hintergrund der Gebührenneukalkulation für die Straßenreinigung von 195.000 € auf 410.000 € anzupassen.

PSK 54700.5431010/Proj.-Nr. 815: Für den On-Demand-Verkehr sind voraussichtlich Nachzahlungen im Haushaltsjahr 2025 für das Jahr 2024 in Höhe von geschätzt 30.000 € an den Kreis zu leisten.

Investitionen:

PSK 54100.0900000/Proj.-Nr. 140: Der Aufzug Tunnel Manhagener Allee kann leider wie geplant nicht mehr 2024 in Betrieb genommen werden. Entsprechend verschieben sich die Kostenansätze, der Ansatz 2025 ist von geplant 150.000 € auf 450.000 € erhöhen. Die nicht in Anspruch genommenen Mittel des Jahres 2024 wurden als Deckungsvorschlag an anderer Stelle im Haushaltsjahr 2024 eingesetzt.

Der BPA nimmt diese Änderungsvorschläge zur Kenntnis.

Bezogen auf die Positionen des BPA wird zu **PSK 51100.5431000/Allgemeine Geschäftsaufwendungen** nachgefragt, warum der Ansatz für das Haushaltsjahr 2024 mit 91.000 € veranschlagt wurde, ab Haushaltsjahr 2025 jedoch nur 7.000 € veranschlagt sind. Die Verwaltung wird um Aufklärung gebeten.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Haushalt 2024 waren die Gebühren für Mittelabrufe der Städtebauförderung im PSK 51100.5431000 diese Gebühren werden ab dem Haushaltsjahr 2025 dem PSK 51100.1211001 zugeordnet - siehe auch Hinweis bei diesem PSK.

Ferner wird nachgefragt, warum bei **PSK 51100.5431011**/Gesamtstadtplanungen für das Haushaltsjahr 2025 ein Ansatz von 45.000 € erbeten wird, für die Folgejahre ab 2026 jedoch nur 25.000 € jährlich veranschlagt sind. Hierzu wird auf die Anmerkung verwiesen. Der Ansatz 2025 ist erforderlich zur Fertigstellung der Unterlagen zum Flächennutzungsplan, den Masterplan Verkehr, u. a.

Weitere Kosten für die Erarbeitung von Bebauungsplänen sind bei PSK 51100.5431010 veranschlagt (170.000 € per anno).

Zu Seiten 4/5, **PSK 52100.0100000** - Bauaufsicht/Immaterielle Vermögensgegenstände - wird der erneut für das Haushaltsjahr 2025 veranschlagte Haushaltsansatz von 23.000 € hinterfragt. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass die Mittel zur Neuanschaffung von Programm-Modulen im Zusammenhang mit dem Programm ProBauG in 2024 nicht verwendet wurden. ProBauG muss mit dem DMS (Dokumentenmanagementsystem, Prozess der Digitalisierung) verbunden werden. Der Ansatz ist daher unverändert erforderlich und wird für das Haushaltsjahr 2025 neu angemeldet. Die Mittel 2024 werden eingespart.

Zu Seite 7, **PSK 54100.5221000** - lfd. Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens im Bereich Gemeinestraßen - wird der Haushaltsansatz 2025 und Folgejahre in Höhe von 780.000 € hinterfragt. Erbeten werden Auskünfte, wofür der Ansatz konkret 2025 eingesetzt werden soll. Die Verwaltung erklärt, dass sie zu diesen vom Fachdienst IV.3/Straßenwesen kalkulierten Ansätzen keine näheren Erläuterungen abgeben kann. Hierzu müsste der Fachdienst selbst Auskunft geben, leider sei der Fachdienstleiter heute verhindert. Allgemein könne mitgeteilt werden, dass aufgrund der fehlenden Investitionen in den vergangenen Jahren die Infrastruktur weiter abgebaut habe mit der Folge, dass die Unterhaltungskosten steigen. Auf die in der Liste enthaltene Begründung wird verwiesen.

Zu **PSK 54100.5232000** - Leasing - wird ebenfalls die Höhe der Ansätze 2025 und 2026 ff hinterfragt. Hierzu erinnert die Verwaltung, dass auf die Anschaffung eines Verkehrsrechners zugunsten einer Cloud-Lösung verzichtet wurde. Hierzu wurde im Rahmen der Haushaltsberatung für das Jahr 2024 berichtet. Im Übrigen wird in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass sich die Anschaffung eines Verkehrszählungsgeräts bewährt hat, es wird regelmäßig bei Bedarf eingesetzt.

Zu Seite 8, **PSK 54100.0900001, Proj.-Nr. 207** - Knoten Spechtweg/Hagener Allee - wird die Höhe des Haushaltsansatzes hinterfragt. Beantragt wurden für das Haushaltsjahr 2025 Planungskosten von 80.000 €, für die Folgejahre 2026 und 2027 je 2,6 Mio. €. Die Verwaltung verweist auf die Anmerkung, wonach es sich nicht ausschließlich um den Bau des Kreisverkehrs handelt, sondern insbesondere um die Erneuerung der Hagener Allee. Der Straßenzustand dort sei seit Jahren prekär, der Fachdienst Straßenwesen habe bereits nach der Erschließungsmaßnahme Spechtweg (dort fehlen noch Angleichungen) beabsichtigt, zunächst den Kreisverkehr fertig zu stellen, dann die Hagener Allee neu auszubauen.

Zu **PSK 54100.0900001, Proj.-Nr. 239** - Waldemar-Bonsels-Weg - werden ebenfalls nähere Ausführungen erbeten. Die Planung sei doch bereits erfolgt. Hierzu erklärt die Verwaltung, dass - wie der Begründung zu entnehmen ist - die Planung zu überarbeiten ist. Nähere Ausführungen müssten durch den Fachdienst Straßenwesen erfolgen

Ferner wird nachgefragt, warum für den Bau des „Alten Lokschruppen“ noch keine Mitte veranschlagt sind. Hierzu teilt die Verwaltung mit, dass der Bebauungsplan noch nicht fertiggestellt ist, dies soll 2025 erfolgen.

Weitere Verständnisfragen werden nicht gestellt.

15. Anfragen, Anregungen, Hinweise

15.1. Eingeworfene Scheiben beim Speicher am Marstall

Es wird darauf hingewiesen, dass bereits in der Sitzung des BPA am 06.11.2024 Sicherungsmaßnahmen für den Speicher erbeten wurden. Bisher ist dieses leider nicht erfolgt. Um unverzügliche Sicherung zur Vermeidung von Schäden durch das Eindringen von Feuchtigkeit wird gebeten.

gez. Markus Kubczigk
Vorsitzender

gez. Angela Haase
Protokollführerin